



EU

Entwicklungszusammenarbeit verstehen

**Glossar zu Themen und Institutionen
der EU Entwicklungspolitik**





Österreichische EU-Plattform
entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen

Laudongasse 40

A - 1080 Wien

Tel. +43 (0)1 405 55 15 - 311

Fax: +43 (0)1 405 55 19

Email: eu-plattform@oneworld.at

www.eu-plattform.at

Wien, Mai 2005

Herausgeber: Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen

Grafik: typothese – m.zinner.grafik

Herstellung: Resch Druck

EU Entwicklungszusammenarbeit verstehen

Dieses Glossar zu Themen und Institutionen der EU Entwicklungspolitik bietet kurze und prägnante Einstiegsinformationen zu aktuellen und wichtigen entwicklungspolitischen Abkürzungen und Schlagworten, mit denen sich EU-Institutionen sowie NROs derzeit befassen.

Für alle, die sich weitergehend informieren wollen, sind Links ins World Wide Web enthalten.

Eine On-line Version des Glossars ist unter www.eu-plattform.at erhältlich.

ACP – African-Caribbean-Pacific countries

↑ **AKP-Staaten**

ACP-EU Joint Parliamentary Assembly

↑ **Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU**

ADA – Austrian Development Agency

(deutsch: Österreichische Entwicklungsagentur)

Ist seit 2004 für die Umsetzung der Programme und Projekte der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit des Außenministeriums (BMAA) verantwortlich und verwaltet das entsprechende Budget.

<http://www.ada.gv.at>

AGEZ – Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit

1988 gegründete österreichische Plattform von heute 30 entwicklungspolitischen NROs. Ziel ist die bessere Vertretung gemeinsamer Anliegen gegenüber der Öffentlichkeit und der Regierung.

<http://www.oneworld.at/agez/>

AKP-Staaten – Ländergruppe afrikanischer, karibischer, pazifischer Staaten

(englisch: ACP).

Bezeichnung einer Gruppe von derzeit 79 Staaten, deren Beziehung mit der ↑ **EU** durch das ↑ **Cotonou Abkommen** geregelt ist. Stellt eine wichtige „Empfängergruppe“ im Bereich der EU-Entwicklungszusammenarbeit dar und wird durch den außerhalb des normalen Budgets der ↑ **EU** stehenden Europäischen Entwicklungsfonds ↑ **EDF** finanziert.

<http://www.acpsec.org>

ALA – Programm

Stellt den Rahmen für die EU-Außenhilfe an Asien und Lateinamerika (seit 1976) dar. Handelsdimension weit weniger ausgeprägt als dies für die Kooperation zwischen ↑ **EU** den ↑ **AKP-Staaten** der Fall ist (keine einseitigen Handelspräferenzen für ALA). Die Zuständigkeit liegt auf Programmebene bei ↑ **DG Relex** und auf Durchführungsebene bei ↑ **EuropeAid**.

Asien: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/s05251.htm>

Lateinamerika: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/s05151.htm>

APRODEV

Vereinigung von derzeit 17 Entwicklungs-NROs, die in enger Kooperation mit dem evangelischen Weltkirchenrat steht. Ziel ist die Beeinflussung von EU-Entscheidungsprozessen in Nord-Süd-Fragen. Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppen sind europäische Handelspolitik, Ernährungssicherheit, EU-Kofinanzierung (↑ **Kofinanzierung von NROs durch die ↑ EK**), Gender u.a. Aprove ist Mitglied von ↑ **CONCORD** und Gründungsmitglied von ↑ **Euforic**.

<http://www.aprodev.net>

APS – Allgemeines Präferenzsystem

(englisch: GSP – Generalised System of Preferences)

Handelsschema der **↑ EG**, das seit 1971 auf jeweils ca. 10 Jahre abgeschlossen wird (nächster APS-Zyklus startet 2006) und 5 Regelungen umfasst. Gewährt Entwicklungsländern begünstigten Marktzugang zur **↑ EU**. Die genaue Ausprägung (Produktpalette, Ausmaß der Zollreduktion etc.) ist durch die jeweilige Regelung festgelegt, in die ein Land fällt (z.B. **↑ EBA**).

http://europa.eu.int/comm/trade/issues/global/gsp/index_en.htm

Barcelona-Prozess / Euro-Mediterrane-Partnerschaft

Stellt einen 1995 in Barcelona beschlossenen Rahmen politischer, ökonomischer und sozio-kultureller Beziehungen (Euro-Mediterrane-Partnerschaft) zwischen den Mitgliedstaaten der **↑ EU** und den 12 mediterranen Partnerländern (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, Türkei, Zypern) dar. Dieser wird konkretisiert und ergänzt durch das sog. **↑ MEDA** Nachbarschafts-Konzept der **↑ EU**.

<http://www.bmaa.gv.at>

Barcelona Summit and Commitments

(deutsch: Barcelona Gipfel und Verpflichtungen)

Beim EU-Ratstreffen (**↑ ER**) im März 2002 in Barcelona definierte die **↑ EU** die selbst auferlegten sog. acht Barcelona Commitments. Diese umfassen den Beitrag der **↑ EU** zum sog. Funding for Development-Prozess (**↑ FfD-Prozess**). Dazu zählen u.a. die schrittweise Aufstockung der **↑ ODA** der **↑ EU** auf 0,39% des Bruttonationalproduktes (BNP) bis 2006, um schließlich das Jahrzehnte alte Ziel der **↑ UN**, 0,7% des BNP für **↑ ODA** aufzubringen, zu erreichen und die Umsetzung der **↑ MDGs** voran zu treiben. Die Koordinierung und Harmonisierung der Geberpraktiken und -politik (z.B.: **↑ Untying of Aid**) stellt eine der weiteren Verpflichtungen dar.

http://europa.eu.int/comm/development/body/publications/docs/council_conclusions.pdf

Bengo – Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit

Wurde 1988 auf Initiative deutscher NROs mit dem Ziel gegründet, den Umgang mit öffentlichen Fördermitteln zu erleichtern und in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit zu beraten.

<http://www.paritaet.org/bengo>

BOND

Netzwerk von mehr als 280 britischen NROs, die sich im entwicklungspolitischen Bereich engagieren. Entspricht gleichzeitig der Britischen Nationalen Plattform (Pendant zur **↑ Österreichischen EU-Plattform**) und ist Mitglied von **↑ CONCORD**.

<http://www.bond.org.uk>

Bretton-Woods-Institutionen

Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – Weltbank (IBRD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) wurden 1944 in Bretton Woods vor dem Hintergrund der wirtschafts- und währungspolitischen Nachkriegsprobleme gegründet. Aus den ursprünglich 29 Mitglieder umfassenden Organisationen wurden im Laufe der Zeit global operierende Institutionen. Die Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ist eine Voraussetzung für die Aufnahme in die Weltbankgruppe, zu der die Weltbank, die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die Internationale Finanzkorporation (IFC), die Multilaterale Investitionsagentur (MIGA) sowie das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) gehören.

<http://www.worldbank.org>

<http://www.imf.org>

Budgetisierung des ↑ EEF

(engl. Budgetisation of the ↑ EDF)

Vorschlag, den derzeit außerhalb des normalen EU-Budgets stehenden und auf freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten basierenden Fonds, der die Zusammenarbeit zwischen ↑ EU und ↑ AKP-Staaten im Rahmen des ↑ Cotonou Abkommens finanziert, in den Haushalt der ↑ EU zu integrieren.

<http://www.CONCORDeurope.org/download.cfm?media=pdfUK&id=477>

Budget Support

(deutsch: Budgethilfe)

Verstärkt eingesetztes Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, das anstelle der Finanzierung von Projekten einen direkten Zuschuss zum Staatshaushalt eines Entwicklungslandes leistet. Gilt per Definition als komplett ungebundene Hilfe und ist daher im Zusammenhang mit dem Prozess ↑ **Untying of Aid** zu verstehen.

<http://europa.eu.int/comm/development/body/theme/rurpol/forum/papers/Hoole1En.pdf>

CAP – Common Agricultural Policy

↑ **GAP** – Gemeinsame Agrarpolitik der EU

CARDS – Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation

(deutsch: Programm für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung)

Seit 2000 Programm der ↑ EU zur Unterstützung der westlichen Balkanländer (Albanien, Bosnien und Herzegovina, Kroatien, Serbien, Montenegro, Mazedonien) mit dem Ziel der Stabilisierung und Anbindung an die ↑ EU. Die Zuständigkeit liegt auf Programmebene bei ↑ **DG Relex** und auf Durchführungsebene bei ↑ **EuropeAid**.

http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/cards/index_en.htm

CFSP – Common Foreign and Security Policy

↑ **GASP** – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

CIDSE – International Cooperation for Development and Solidarity

(deutsch: Internationale Kooperation für Entwicklung und Solidarität)
In Brüssel ansässige koordinierende Instanz für katholische Entwicklungs-NROs aus Europa und Nordamerika und Mitglied von **↑ CONCORD**.
<http://www.cidse.org/>

CLONG – Comité de Liaison des ONG

Vorgänger von **↑ CONCORD**, der zuvor seit 1976 die Kooperation zwischen Entwicklungs-NROs und der EU-Kommission (**↑ EK**) förderte.

Co-financing (engl.)

↑ Kofinanzierung von NROs durch die ↑ EK

CONCORD – European NGO Confederation for Relief and Development

(deutsch: Europäischer Verband von NROs für Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit)
2003 gegründeter Dachverband von mehr als 1500 europäischen Entwicklungs-NROs und Nachfolger des **↑ CLONG**. Umfasst derzeit 19 nationale EU-Plattformen und 18 internationale Netzwerke als Mitglieder. Ziel ist die Koordination politischer Aktionen und Informationsaustausch auf nationaler und EU-Ebene. Durch die **↑ Österreichische EU-Plattform** als aktives Mitglied sind rund 40 österreichische NROs mit CONCORD vernetzt. Inhaltliche Arbeit erfolgt in den Arbeitsgruppen (WG) von CONCORD: **↑ Cotonou WG**, Development Education Forum (**↑ DEF**), **↑ Enlargement WG**, Funding for Development and Relief WG (**↑ FDR WG**), Financing for Development WG (**↑ FID WG**), **↑ Food Security WG**, **↑ Policy WG**, **↑ Presidency WG**, **↑ Trade WG**. Diese gelten als Herzstück der Organisation, da dort die Expertise gebündelt und Inputs für Lobbying auf Ebene der EU-Institutionen erarbeitet und allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird.
<http://www.concordeurope.org>

Coreper – Comité des Représentants Permanents

(deutsch: Ausschuss der Ständigen VertreterInnen)
Besteht aus BotschafterInnen und ihren StellvertreterInnen und bereitet auf zwei Ebenen die Arbeiten des **↑ Rates der EU** vor. Coreper I: Ebene der StellvertreterInnen für die Bereiche Landwirtschaft, Telekommunikation, Energie, Umwelt, Fischerei u.a. Coreper II: Botschafterebene für Vorbereitungen für den **↑ GAERC** sowie die Bereiche Entwicklung, Justiz und Inneres, Wirtschaft und Finanzen. Dem Coreper sind über 200 **↑ Ratsarbeitsgruppen** untergeordnet.
<http://www.bmwa.gv.at>

Cotonou Abkommen

(englisch: Cotonou Agreement)
Ist der Nachfolgevertrag der vier so genannten **↑ Lomé Abkommen**. Stellt den derzeitigen Rahmen für die EU-Außenhilfe an die **↑ AKP-Staaten** dar. Die Zuständigkeit liegt auf Programmebene bei **↑ DG Dev** und auf Durchfüh-

rungsebene bei **↑ EuropeAid**. Die finanzielle Ausstattung stammt aus dem **↑ EDF** und nicht aus dem EU-Budget. Das neue Partnerschaftsabkommen wurde am 23. Juni 2000 in Cotonou (Benin) von den zu diesem Zeitpunkt 15 EU-Mitgliedstaaten und 77 **↑ AKP-Staaten** unterzeichnet und trat am 1. April 2003 in Kraft. Seine Laufzeit beträgt 20 Jahre, wobei in Abständen von fünf Jahren Überarbeitungen möglich sind. Die AKP-EU-Beziehung basiert auf den fünf Bereichen Politik, Partizipation (**↑ NSA**), Armutsreduktion, **↑ WTO** kompatibler Rahmen für wirtschaftliche und Handels bezogene Kooperation, Reform der finanziellen Zusammenarbeit. Die **↑ Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU** stellt das institutionelle Herzstück dieser Partnerschaft dar.

http://europa.eu.int/comm/development/body/cotonou/index_en.htm

Cotonou WG

Eine Arbeitsgruppe von **↑ CONCORD** zum Monitoring der Kooperation zwischen **↑ EU** und **↑ AKP-Staaten** innerhalb des **↑ Cotonou Abkommens**. Stellt auch Verknüpfungen mit relevanten Themen wie der **↑ WTO**, den **↑ EPAs** oder den **↑ UN** her.

<http://www.concordeurope.org>

CSP – Country Strategy Paper

Ist ein Instrument für Management, Begleitung und Überprüfung der Entwicklungsprogramme der EU-Außenhilfe. Wird auf Basis der EU-Zielsetzungen, des Regierungsprogramms des Partnerlandes, einer Situationsanalyse des Partnerlandes, sowie der Aktionen der gesamten Gebergemeinschaft formuliert. Soll zu besserer Planung, Koordinierung und mehr Kohärenz beitragen.

CSR – Corporate Social Responsibility

(deutsch: gesellschaftliche Verantwortung eines Unternehmens)
Konzept, Unternehmen freiwillig zu gesellschaftlicher Verantwortung zu bewegen. NROs beteiligen sich am Dialog, würden aber weltweit geltende, verpflichtende Normen bzw. Gesetze präferieren.

http://europa.eu.int/comm/enterprise/csr/campaign/links/index_de.htm

<http://www.oneworld.at/agez/CSR-Position%20Zivilgesellschaft%204.12.03.pdf>

DAC – Development Assistance Committee

(deutsch: Entwicklungsausschuss der **↑ OECD**)

Ist seit seiner Gründung 1961 das wichtigste Gremium der **↑ OECD**, das sich mit Fragen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und damit verbundenen Themen (z.B.: **↑ Untying of Aid**, Frieden und Konflikt, Geberpraktiken und Effektivität, **↑ MDGs**) befasst. Erklärtes Ziel ist die koordinierte Förderung nachhaltiger, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Publiziert regelmäßig sog. DAC-Guidelines für Geberpraktiken. Die „DAC-Liste für Empfängerländer“ dient der Messung und Klassifizierung von Entwicklungsgeldern (z.B. **↑ ODA**, OA) für statistische Zwecke und die sog. DAC-ODA-Kriterien legen fest,

welche Gelder an Entwicklungsländer als **↑ ODA** angerechnet werden dürfen.
<http://www.oecd.org/dac>

Deconcentration

↑ Dekonzentration

DEEEP – Development Education Exchange in Europe Project

Europäisches NRO-Projekt, das in enger Kooperation mit **↑ CONCORD** auf verbesserte Kapazitäten europäischer Entwicklungs-NROs im Bereich entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit abzielt. Es umfasst Erfahrung- und Methodenaustausch, Training, Netzbildung, Entwicklung gemeinsamer Projekte und Leitlinien. Basiert auf einer Idee des **↑ DEF**.

<http://www.deeep.org>

DEF – Development Education Forum

(deutsch: Forum für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit) Ist eine der Hauptarbeitsgruppen von **↑ CONCORD**, deren Mitglieder der nationalen Plattformen (z.B. **↑ Österreichische EU-Plattform**) sich zweimal jährlich treffen. Ziele: Stärkung entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa sowie Ideeninput für **↑ DEEEP**.

<http://www.concordeurope.org>

Dekonzentration

(englisch: Deconcentration)

Bezeichnet den Prozess der Verlagerung der Managementverantwortung der **↑ EK** im Bereich der EU-Entwicklungszusammenarbeit weg von Brüssel (**↑ EuropeAid**) hin zu den EU-Delegationen vor Ort. Ist eingebettet in ein umfassendes Reformprogramm der **↑ EK** (**↑ Reform of EU's External Assistance**).

http://europa.eu.int/comm/external_relations/reform/intro/delegations_en.htm

DG Agri – European Commission's Directorate General for Agriculture and Rural Development

(deutsch: Generaldirektion der **↑ EK** für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung)

Verhandlung und Implementierung der Landwirtschaftspolitik und Politik für ländliche Entwicklung der **↑ EU**. Besteht aus zwölf Direktionen, die die diversen Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik (**↑ GAP**) der **↑ EU**, bearbeiten.

http://europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm

DG Dev – European Commission's Directorate General for Development and Humanitarian Aid

(deutsch: Generaldirektion der **↑ EK** für Entwicklung und humanitäre Hilfe) Formuliert die Politik der Entwicklungszusammenarbeit der **↑ EK** gegenüber allen Entwicklungsländern und überseeischen Ländern und Gebieten (**↑ ÜLG**). Leitet und koordiniert zudem die Zusammenarbeit zwischen der **↑ EU** und den **↑ AKP-Staaten** (**↑ Cotonou**). Das Amt für humanitäre Hilfe (**↑ ECHO**) sowie die Programmierung von Sektorprogrammen (Soziales, Umwelt, ländliche Ent-

wicklung, Transport, Infrastruktur und Stadtentwicklung) gehören zum Portfolio von DG Dev. Zielsetzungen: Armutsbekämpfung, Integration in die Weltwirtschaft, nachhaltige Entwicklung.

<http://europa.eu.int/comm/development>

DG Relex – European Commission's Directorate General for External Relations

(deutsch: Generaldirektion der ↑ **EK** für Außenbeziehungen)

Ist eine relativ neue Generaldirektion, die 1999 im Zuge von Umstrukturierungen der ↑ **EK** entstand. Ihre Aufgabe besteht in der Formulierung einer kohärenten EU-Außenpolitik und EU-Position auf internationaler Ebene in Kooperation mit anderen Generaldirektionen, v.a. ↑ **DG Dev** und ↑ **DG Trade**. Die Zusammenarbeit und Pflege guter Beziehungen mit den Ländern des Mittelmeerraumes (↑ **MEDA**), mit Asien und Lateinamerika (↑ **ALA**), mit dem westlichen Balkan (↑ **CARDS**), mit Osteuropa und Zentralasien (↑ **TACIS**), mit Mitteleuropa (↑ **PHARE**), sowie die Leitung von ↑ **EuropeAid** und die Themen Konfliktprävention, Menschenrechte und Demokratisierung gehören zum Portfolio von DG Relex.

http://europa.eu.int/comm/dgs/external_relations/index_en.htm

DG Trade – European Commission's Directorate General for Trade

(deutsch: Generaldirektion der ↑ **EK** für Handel)

Übernimmt die Verhandlung und Implementierung der EU-Handelspolitik, die neben Finanz- und Entwicklungspolitik einen Kern der Beziehung zwischen der ↑ **EU** und Drittstaaten darstellt. Themen: Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Investitionen, Wettbewerb, Exportkredite, Subventionen etc. Selbst erklärte Ziele sind die ausgeglichene Entwicklung des Welthandels, die Abschaffung von Handelsbarrieren und die Förderung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der ↑ **EG**.

<http://europa.eu.int/comm/trade>

DPS – Development Policy Statement

Stellt seit 2000 den Rahmen für die Entwicklungspolitik der ↑ **EU** in Form einer gemeinsamen Erklärung der ↑ **EK** und des ↑ **Rates** dar und beinhaltet die Hauptziele und prioritären Sektoren. Im Februar 2005 begann die ↑ **EK** die Überarbeitung des DPS mit einem Konsultationsprozess auf Basis eines „Issues paper“. Das neue DPS soll im Oktober 2005 fertig sein.

http://www.europa.eu.int/comm/development/body/theme/consultation/index_en.htm

EADI – European Association of Development Research and Training Institutes

Ziel des Verbandes ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit der europäischen Entwicklungsforschung und ihre Vernetzung mit vergleichbaren Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen sowie individuellen WissenschaftlerInnen und ihren Dachverbänden in den Entwicklungsländern.

<http://www.eadi.org>

EBA – Everything but Arms Initiative

(deutsch: Initiative-„Alles außer Waffen“)

Ist eine im Februar 2001 gestartete EU-Initiative, die den ärmsten Ländern der Welt (↑ **LDCs**) uneingeschränkten (zoll- und quotenfreien) Marktzugang für alle Waren – außer Waffen – gewähren soll. Ausnahmen stellen die Importe frischer Bananen, sowie von Zucker und Reis dar. Importzölle für Bananen sollen bis 2006 und für Zucker und Reis bis 2009 schrittweise reduziert werden. Diese Sonderregelung des Allgemeinen Präferenzsystems ↑ **APS** für ↑ **LDCs** gilt auf unbestimmte Zeit und ist von Revisionen des ↑ **APS** ausgenommen.

Der tatsächliche Nutzen dieser Initiative für Entwicklungsländer wird kontroversiell debattiert.

http://europa.eu.int/comm/trade/issues/global/gsp/eba/index_en.htm

EC – European Commission und European Community

Doppeldeutige Abkürzung, mit der im Englischen sowohl die Europäische Kommission (↑ **EK**) als auch die Europäische Gemeinschaft (↑ **EG**) gemeint sein kann.

ECHO – EU's Humanitarian Aid Office

(deutsch: Amt der ↑ **EU** für humanitäre Hilfe)

Wurde 1992 geschaffen, ist dem Kommissar für Entwicklung (↑ **DG Dev**) unterstellt und hat den Auftrag, Opfer von Katastrophen und Konflikten außerhalb der Union zu unterstützen und Hilfe in Form von Gütern oder Dienstleistungen zu erbringen. Der Fokus liegt dabei auf Entwicklungsländern. Die Mittel dafür stammen sowohl aus dem EU-Budget als auch aus dem ↑ **EDF**. Der Bereich der humanitären Hilfe hat innerhalb der Außenbeziehungen der ↑ **EU** in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen.

<http://europa.eu.int/comm/echo/en/present/about4.htm>

EDF – European Development Fund

(deutsch: EEF – Europäischer Entwicklungsfonds)

Ist seit seiner Gründung 1957 das wichtigste Hilfsinstrument der ↑ **EU** im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den ↑ **AKP-Staaten** und den überseeischen Ländern und Gebieten (↑ **ÜLG**). Besteht aus zwei Instrumenten: der Fazilität für nichtrückzahlbare Zuschüsse und der Investitionsfazilität (Risikokapital und Darlehen für die Privatwirtschaft). Seine Laufzeit richtet sich nach der Dauer der Partnerschaftsabkommen (↑ **Cotonou Abkommen**, vormals ↑ **Lomé Abkommen**). Der EDF ist bislang nicht in das EU-Budget integriert, sondern wird von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis finanziert. Eine sog.

↑ **Budgetisierung des EEF** wird derzeit debattiert (↑ **Financial Perspectives**).

<http://www.oneworld.org/odi/topics/funds/EDF.htm>

EEF

↑ **EDF**

EG – Europäische Gemeinschaft

(englisch: European Community)

Ist die erste der drei Säulen (neben **↑ GASP** und **↑ JHA**), auf denen sich die **↑ EU** begründet. In Politikbereichen, die in den Bereich der Europäischen Gemeinschaft fallen, geben die Mitgliedstaaten ihre Souveränität an die Institutionen der **↑ EU** ab. Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe fallen (im Gegensatz zur **↑ GASP**) in den Kompetenzbereich der EG, sind jedoch ein Sonderfall, da die Anstrengungen der **↑ EK** und der Mitgliedstaaten ausdrücklich komplementär angelegt sind.

EIB – European Investment Bank

(deutsch: EIB – Europäische Investitionsbank)

Wurde 1958 mit dem Vertrag von Rom errichtet und ist die Finanzierungsinstitution der **↑ EU**. Außerhalb der Union unterstützt sie die Heranführungsstrategien für die mittel- und osteuropäischen Länder und setzt die Finanz bezogenen Aspekte der Abkommen um, die im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit geschlossen werden.

<http://www.eib.org>

EIDHR – European Initiative for Democracy and Human Rights

(deutsch: Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte)

Programm der **↑ EU** zur Förderung von Menschenrechten und Demokratie in Drittstaaten, das für europäische NROs offen steht.

http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/eidhr/index_en.htm

EK – Europäische Kommission

(englisch: EC – European Commission)

Die Kommission ist ein politisch unabhängiges Organ, das die Interessen der gesamten **↑ EU** vertritt und wahrt. Innerhalb des institutionellen Systems der **↑ EU** bildet sie die Antriebskraft: Sie schlägt Rechtsvorschriften, politische Maßnahmen und Aktionsprogramme vor und ist für die Umsetzung der Beschlüsse des **↑ EP** und des **↑ Rates der EU** verantwortlich. Wurde wie das **↑ EP** und der **↑ Rat der EU** in den 50er-Jahren durch die Gründungsverträge der **↑ EU** eingerichtet.

http://europa.eu.int/institutions/comm/index_de.htm

Enlargement Working Group

(deutsch: Arbeitsgruppe zur EU-Erweiterung)

Arbeitsgruppe von **↑ CONCORD** unter der Leitung von **↑ TRIALOG**. Analysiert die Auswirkungen der EU-Erweiterungen auf die EU-Entwicklungszusammenarbeit, lobbyiert auf Ebene der EU-Institutionen für die Bedürfnisse der Beitrittsländer und NROs im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und fördert einen schnellen Integrationsprozess in alle Bereiche der EU-Entwicklungspolitik- und zusammenarbeit.

<http://www.concordeurope.org/>

ENP – European Neighbourhood Policy

(deutsch: Europäische Nachbarschaftspolitik)

Neue Politik, deren Vision ein Ring aus Ländern um die EU-Außengrenzen herum ist, die die grundlegenden Werte und Ziele der **↑ EU** teilen und in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet. Beteiligte Länder sind alle Länder des **↑ Barcelona Prozesses** und zusätzlich Russland, Ukraine, Weißrussland, Moldau, Armenien, Georgien und Aserbeidschan. Ist dem Portfolio von **↑ DG Relex** zugeordnet.

http://www.europa.eu.int/comm/world/enp/index_en.htm

EP – Europäisches Parlament

(englisch: EP – European Parliament)

Besteht aus (derzeit) 732 Abgeordneten, die alle fünf Jahre von den EU-BürgerInnen direkt gewählt werden. Arbeitsorte des EP sind Frankreich, Belgien und Luxemburg. Die monatlichen Plenartagungen, zu denen alle Abgeordneten zusammenkommen, finden am offiziellen Sitz in Straßburg (F) statt.

Die parlamentarischen Ausschüsse (**↑ Parlamentsausschüsse des EP**; z.B. Ausschuss für Entwicklungsfragen) sowie zusätzliche Plenartagungen werden in Brüssel (B) abgehalten, während die Verwaltungsstellen in Luxemburg angesiedelt sind. Die drei wesentlichen Aufgaben des EP sind Gesetzgebung (gemeinsam mit dem **↑ Rat der EU**), demokratische Kontrolle über alle Organe der **↑ EU** und Haushaltsbefugnis. <http://www.euoparl.eu.int>

EPA – Economic Partnership Agreements

2002 begannen die Verhandlungen zwischen **↑ AKP-Staaten** und **↑ EU** für die im Rahmen des **↑ Cotonou Abkommens** vorgesehenen regionalen Wirtschaftsabkommen mit der **↑ EU**. Bis 2007 sollen in sechs **↑ AKP Regionen** (West Afrika, Zentralafrika, Ost- und Südafrika, südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft, Karibik, Pazifik) Freihandelsabkommen unterzeichnet werden und das unter den **↑ Lomé Abkommen** existierende Handelsregime mit der **↑ EU**, das einseitige Handelspräferenzen umfasste, durch **↑ WTO-kompatible** ersetzen. Ab 2008 folgt eine Umsetzungsphase, die bis 2020 dauert.

http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/acp/index_en.htm

ER – Europäischer Rat

Besteht aus den Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedstaaten der **↑ EU**. Die Tagungen finden mindestens zweimal jährlich statt, der Präsident der **↑ EK** nimmt als vollberechtigtes Mitglied teil. Der Europäische Rat ist Impulsgeber für die Weiterentwicklung der **↑ EU** und legt die allgemeinen politischen Leitlinien fest. Nicht zu verwechseln mit dem **↑ Rat der EU**.

<http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000e.htm#e26>

ESVP – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

(englisch: ESDP – European Security and Defence Policy)

Teil der **↑ GASP** mit dem Ziel, die äußere Handlungsfähigkeit der **↑ EU** durch

den Aufbau ziviler und militärischer Fähigkeiten zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu stärken. Dazu zählen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung und Frieden schaffende Maßnahmen. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der ESVP wurden mit dem Vertrag von Maastricht 1992 geschaffen und seither ständig erweitert.

http://europa.eu.int/comm/external_relations/esdp/

ETUC – European Trade Union Confederation

(deutsch: Konföderation Europäischer Gewerkschaften, Europäischer Gewerkschaftsbund)

Die Konföderation Europäischer Gewerkschaften wurde 1973 mit dem Ziel gegründet, ein gewerkschaftliches Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Integration zu schaffen.

<http://www.etuc.org/en>

EU – Europäische Union

(englisch: European Union)

Durch den Vertrag von Maastricht 1992 geschaffen. Einmaliges institutionelles System, das sich auf drei Säulen begründet:

Säule 1: Vertragswerk der **↑ EG**

Säule 2: **↑ GASP** (Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik)

Säule 3: Zusammenarbeit im Bereich **↑ JHA** (Inneres und Justiz)

Je nach Politikbereich delegieren die Mitgliedstaaten Souveränität. Die EU repräsentiert die Interessen der Union als Ganzes (durch die **↑ EK**), ihrer Mitgliedstaaten (durch den **↑ ER**) und ihrer BürgerInnen (durch das **↑ EP**). Europäischer Gerichtshof, europäischer Rechnungshof und fünf weitere Einrichtungen komplettieren das EU-System.

http://europa.eu.int/index_de.htm

Euforic – Europe's Forum on International Co-operation

(deutsch: Europäisches Forum für internationale Zusammenarbeit)

Ist eine unabhängige non-profit Internetplattform von NROs, staatlichen Agenturen und Forschungseinrichtungen, die über EU-Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit informiert.

<http://www.euforic.org>

EU-Plattform

↑ Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer NROs

EU-Präsidentschaft

(englisch: EU Presidency)

Die Präsidentschaft des **↑ Rates der EU** ist die Übernahme des Vorsitzes der **↑ EU**, wechselt nach dem Rotationsprinzip turnusmäßig alle 6 Monate und ist obligatorisch. Bei dem derzeitigen Rhythmus hat ein Mitgliedstaat alle zwölf-einhalb Jahre den Vorsitz im Rat. 2005: Luxemburg und Großbritannien 2006:

Österreich und Finnland. Eine eigene ↑ **CONCORD** Arbeitsgruppe (↑ **Presidency WG**) verfolgt die jeweiligen Präsidenschaften, während ↑ **CONCORD's** nationale Plattformen (↑ **Österreichische EU-Plattform**) parallel dazu Veranstaltungen aus NRO Perspektive organisieren.

<http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000v.htm#v11>

<http://www.concordeurope.org/download.cfm?media=docUK&id=224>

EuropeAid

(deutsch: Amt für Zusammenarbeit der ↑ **EK**)

Mit der Schaffung von EuropeAid wurde 2001 die politische Arbeit der EU-Entwicklungspolitik, die in ↑ **DG Dev** und ↑ **DG Relex** stattfindet, von der Implementierung der Instrumente der EU-Außenhilfe getrennt. EuropeAid fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kommissars für Außenbeziehungen (↑ **DG Relex**). Die finanziellen Mittel stammen sowohl aus dem EU-Budget als auch dem ↑ **EDF**. Ist für den gesamten Projektzyklus (Projektidentifizierung, Ausschreibungen etc.) verantwortlich und auch für die ↑ **Kofinanzierung von NROs** zuständig. Ausgenommen sind: ↑ **GASP** – Aktivitäten; Aufgaben, die ↑ **ECHO** zugeteilt sind, Makrofinanzhilfe und die Fazilität für Soforthilfe. Bereits im Gründungsjahr wurde beschlossen, die Hauptkompetenzen von EuropeAid bis 2003 in die Delegationen der ↑ **EU** in den Partnerländern zu verlegen (↑ **Dekonzentration**).

http://europa.eu.int/comm/europeaid/index_de.htm

EUROSTEP – European Solidarity Towards Equal Participation of People

Europäisches Netzwerk von 15 größeren Entwicklungs-NROs aus 12 EU-Mitgliedsstaaten und Mitglied von ↑ **CONCORD**. Ziel: Lobbying im Bereich der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, Informationsverbreitung und Koordination von NROs.

http://www.eurostep.org/detail_page.phtml?page=index

EU-Verfassung

(englisch: Constitution of the EU)

Neue Rechtsgrundlage der EU, die nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten in Kraft tritt. Neuerungen sind u.a. die Einführung eines EU-Außenministers, die Vereinfachung der Abstimmungsverfahren, die Charta der Grundrechte und ein Artikel zu partizipativer Demokratie und zivilgesellschaftlichem Dialog. ↑ **CONCORD** beschäftigt sich mit den Konsequenzen der Verfassung für Entwicklungspolitik, -zusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

<http://www.concordeurope.org/download.cfm?media=pdfUK&id=599>

FDR WG – Funding for Development and Relief Working Group

Arbeitsgruppe von ↑ **CONCORD** mit dem Fokus auf ↑ **Kofinanzierung von NROs** sowie den dahinter liegenden Strukturen, Abläufen, Politiken und Prioritäten. Sowohl thematische Finanzinstrumente (z.B.: ↑ **EIDHR**) als auch Fragestellungen bezüglich des allgemeinen Budgets der ↑ **EU**, ↑ **Microfinance**, Beschaffungsregeln etc. werden diskutiert.

<http://www.concordeurope.org>

FfD-Process – Financing for Development

(deutsch: Entwicklungsfinanzierung)

Bezeichnet den Prozess, der in Folge der **↑ ICFD** bzw. des **↑ Monterrey Consensus** auf mehreren Ebenen (intergouvernemental, national, zivilgesellschaftlich) wieder belebt wurde und die Mittelaufbringung für Entwicklungsförderung auf globaler Ebene zum Inhalt hat. Eine **↑ CONCORD** Arbeitsgruppe (**↑ FfD WG**) beschäftigt sich ebenfalls mit dieser Thematik. Weiterführend: **↑ Barcelona Summit and Commitments** Alle zwei Jahre findet auf Ebene der **↑ UN** im Zuge der Generalversammlung ein Dialog über Entwicklungsfinanzierung statt.

<http://www.un.org/esa/ffd/>

FfD WG – Financing for Development Working Group

Arbeitsgruppe von **↑ CONCORD** mit dem Fokus auf Entwicklungsfinanzierung, qualitative und quantitative Aspekte der **↑ ODA**, Verschuldung, Fortschritt bei den **↑ MDGs**, **↑ Monterrey Consensus**.

<http://www.concordeurope.org>

Financial Perspectives 2007-2013

(deutsch: Finanzielle Vorausschau 2007-2013)

Definiert den Rahmen für die Haushaltsprioritäten der **↑ EU** über einen Zeitraum von mehreren Jahren und legt die jährlichen Obergrenzen für die verschiedenen Haushaltslinien fest. Im Kontext der aktuellen Überlegungen stehen auch die Ausgaben für den entwicklungspolitischen Bereich zur Verhandlung. Debatten hinsichtlich der Formulierung neuer und zahlenmässig reduzierter Finanzinstrumente für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (**↑ Reform of EU's External Assistance**), sowie die **↑ Budgetisierung des EEF** sind vor diesem Hintergrund zu verstehen.

<http://www.CONCORDEurope.org/download.cfm?media=pdfUK&id=592>

http://europa.eu.int/comm/external_relations/reform/document/com04_626_de.pdf

Food Security Working Group (EFSWG)

Arbeitsgruppe von **↑ CONCORD** zum Thema Ernährungssicherheit. Übernimmt das Monitoring der Umsetzung der relevanten EU-Politik und betreibt Lobbyarbeit dazu. Verfolgt und analysiert auch die Programme von NROs in den entsprechenden Ländern.

<http://www.concordeurope.org>

FTA – Free Trade Arrangements

(deutsch: Freihandelsvereinbarungen)

Werden zwischen der **↑ EU** und anderen Region der Welt verhandelt. Wurden kürzlich auch zum Gegenstand der Beziehung mit den **↑ AKP-Staaten** und sollen zukünftig in der Form der sog. **↑ EPAs** die unter den **↑ Lomé Abkommen** existierenden einseitigen Handelspräferenzen im Rahmen des **↑ Cotonou Abkommens** ersetzen.

G 20

Interessengruppe von Ländern des Südens, die sich bei der **↑ WTO Konferenz** in Cancún (2003) zur gemeinsamen Verhandlungsführung zusammengeschlossen hat. Unter der Führung von Brasilien, China und Indien verhandelten die G 20 für die Beendigung der Agrarsubventionen im Norden und für die Beseitigung der nördlichen Zollschranken für Agrarprodukte aus dem Süden.
<http://www.g-20.mre.gov.br/history.asp>

G 70

Gruppe von Ländern des Südens, die bei der **↑ WTO Konferenz** in Cancún (2003) den Widerstand gegen die Aufnahme der sog. **↑ Singapur-Themen** in die Verhandlungen führten.

GAP – Gemeinsame Agrarpolitik der EU

(englisch: CAP – Common Agricultural Policy)

Einer der wichtigsten Politikbereiche der **↑ EU** (rund 45 % des gesamten Haushaltsvolumens). Ziel: angemessene einheitliche landwirtschaftliche Preise bzw. Einkommen. Im Zuge der Reform von 1992 wurde beschlossen, die garantierten Agrarpreise zu senken. Mit Blick auf die Erweiterung wurde 1999 eine neue Reform für den Zeitraum 2000-2006 angenommen. Schwerpunkte der GAP sind Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Gemeinschaft, Stärkung der Position der **↑ EU** bei den Verhandlungen im Rahmen der **↑ WTO**, Stabilisierung der Agrarausgaben.

http://europa.eu.int/comm/dgs/agriculture/hist_en.htm

GAERC – General Affairs and External Relations Council

(deutsch: Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen)

Ist eine von insgesamt neun Ratszusammensetzungen (**↑ Rat der EU**). Behandelt auch regelmäßig Entwicklungsanliegen. Vereint monatlich die AußenministerInnen sowie, wenn relevant, die EntwicklungsministerInnen der EU-Mitgliedstaaten. (**↑ informelles Treffen der EntwicklungsministerInnen**)

http://europa.eu.int/comm/external_relations/gac/index.htm

GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

(englisch: CFSP – Common Foreign and Security Policy)

Dieser Politikbereich wurde durch den Vertrag von Maastricht, der 1992 in Kraft trat, als Säule 2 in die **↑ EU** integriert und im Zuge der Verträge von Amsterdam (1999) und Nizza (2003) erweitert. Legt die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik fest. Seit 1999 gibt es einen Hohen Repräsentanten für die GASP.

http://europa.eu.int/comm/external_relations/cfsp/intro/index.htm

GSP – Generalised System of Preferences

↑ APS – Allgemeines Präferenzsystem

IGC – Intergovernmental Conference

(deutsch: Regierungskonferenz aller Mitgliedstaaten der **↑ EU**)
 Bezeichnet Verhandlungen der Regierungen aller EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel, die europäischen Verträge (EU-Vertrag, EG-Vertrag) neuen Entwicklungen anzupassen und so die Weichen für die künftige Politik zu stellen. Die Verhandlungen finden auf der Ebene der EU-AußenministerInnen (**↑ GAERC**) statt, die endgültigen Entscheidungen fallen auf Ebene der Staats- und RegierungschefInnen (**↑ ER**). Alle Vertragsänderungen müssen einstimmig vom **↑ ER** verabschiedet und anschließend von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden.
<http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000r.htm#6>

Informelles Treffen der EU-EntwicklungsministerInnen

Nach der Abschaffung des eigenen EU-Entwicklungsministerrates und dessen Integration in den **↑ GAERC**, findet nun halbjährlich ein informelles EntwicklungsministerInnen-Treffen statt.

ICFfD – International Conference on Funding for Development

(deutsch: internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung)
 2002 in Monterrey/Mexiko von den **↑ UN** durchgeführte Internationale Konferenz mit dem Ziel, Auswege aus der permanenten Finanzkrise der Länder des Südens zu finden und auf lange Sicht Ressourcenflüsse zur Erreichung der **↑ MDGs** zu garantieren. Themen: Rolle öffentlicher und privater Kapitalflüsse, institutionelle Reformen im Weltfinanzsystem etc. Die **↑ UN** begaben sich damit auf ein Terrain, das bislang vor allem von den **↑ Bretton-Woods-Institutionen** dominiert wurde. Ergebnisse: Annahme des **↑ Monterrey Consensus**; Startschuss für den sog. **↑ FfD-Process**, Formulierung der sog. **↑ Barcelona Commitments** der **↑ EU** <http://www.un.org/esa/ffd/ffdconf/>

iQSG – Interservice Quality Support Group

(deutsch: Dienststellenübergreifende Gruppe für Qualitätssicherung)
 Gruppe, die aus 12 RepräsentantInnen aller Generaldirektionen der **↑ Relex-Gruppe** besteht und seit 2001 von einem Sekretariat der **↑ DG Dev** die Kohärenz und Qualität der Länderstrategiepapiere (**↑ CSP**) der Entwicklungsländer überwacht. Ist eines von mehreren Instrumenten und Methoden, die in den letzten Jahren von der **↑ EK** zur Sicherstellung der Kohärenz innerhalb der EU-Außenhilfe entwickelt wurden. (**↑ Reform of EU's External Assistance**)

JHA – Justice and Home Affairs

(deutsch: Justiz und Inneres)
 Politikbereich, der 1992 mit dem Vertrag von Maastricht neben der **↑ GASP** als dritte Säule in den Verantwortungsbereich der **↑ EU** integriert und seither ständig erweitert wurde. Umfasst im Wesentlichen die Bereiche gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik, gemeinsamer europäischer Rechtsraum, Verbrechensbekämpfung, Drogenbekämpfung, Außengrenzen, Einreisebestimmungen, Kooperation mit Drittstaaten in diesen Bereichen.
http://europa.eu.int/comm/justice_home/index_en.htm

KOFI – „(Ko-)Finanzierungsplattform“

In diesem Arbeitskreis diskutieren Mitglieder der **↑ Österreichischen EU-Plattform** und der **↑ AGEZ** Fragen der **↑ Kofinanzierung von NRO durch die ↑ EK** und die österreichische Regierung.

<http://www.eu-plattform.at/deutsch/start.asp?b=92&sub=1180>

Kofinanzierung von NROs durch die ↑ EK

(englisch: Co-financing)

Die Budgetlinie 21-02-03 (früher B7-6000) stellt die wesentliche Budgetlinie für Projekte europäischer NROs in Entwicklungsländern sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa dar. Ein Überdenken der historisch gewachsenen Kofinanzierung von Entwicklungs-NROs fand im Zuge des Palermo-Prozesses (**↑ Palermo conference and process**) statt.

<http://www.CONCORDeurope.org/download.cfm?media=pdfUK&id=457>

LDC (Least Developed Countries)

(deutsch: am wenigsten entwickelte Länder)

Liste der am wenigsten entwickelten Länder. Die Zuordnung durch die **↑ UN** erfolgt auf der Basis dreier Kriterien: 1. Einkommen/Bruttonationalprodukt 2. Menschliche Entwicklung (Ernährung, Gesundheit, Bildung, Alphabetisierung) 3. wirtschaftliche Verwundbarkeit (Instabile Agrarproduktion, Exportschwankungen, Bedeutung nicht traditioneller Wirtschaftsaktivitäten). In Abständen von drei Jahren wird die Liste der LDCs aktualisiert. Derzeit werden etwa 50 Länder dieser Gruppe zugeordnet.

<http://www.un.org/special-rep/ohrrls/ldc/ldc%20criteria.htm>

Lomé Abkommen

(englisch: Lomé Convention)

Vorgänger des **↑ Cotonou Abkommens**. Handels- und Entwicklungsabkommen zwischen der **↑ EU** und den **↑ AKP-Staaten**, deren Herzstück aus einseitigen Handelspräferenzen und Kompensationszahlungen bei Exporterlösschwankungen für letztere bestand.

LRRD – Linking Relief, Rehabilitation, and Development

Konzept aus den 1990er Jahren, das die Koordinierung unterschiedlicher, bisher voneinander isolierter Instrumente wie kurzfristig orientierte Katastrophen- und Nothilfe und mittel- bis langfristig ausgelegte Entwicklungshilfe zwischen Industrie- und Entwicklungsländern propagiert.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/lvb/r10002.htm>

MDGs – Millennium Development Goals

(deutsch: Millennium Entwicklungsziele)

Während des Millenniumsgipfels in New York 2000 wurden acht Entwicklungsziele von allen 189 **↑ UN-Mitgliedstaaten** definiert, die bis 2015 erreicht werden sollen: 1. Bekämpfung extremster Armut 2. Bildung für alle 3. Gendergerechtigkeit 4. Senkung der Kindersterblichkeit 5. Reproduktive Gesundheit

6. Bekämpfung von HIV/AIDS 7. Nachhaltige Entwicklung 8. Globale Partnerschaft. Im Zuge des **↑ Millennium+5-Gipfels** 2005 findet eine Überprüfung der Umsetzungserfolge statt.

<http://www.un.org/millenniumgoals/>

MDGs + 5 stock-taking

Die im Zuge des **↑ Millennium + 5 Gipfels** 2005 stattfindende Überprüfung der Umsetzungserfolge **↑ MDGs**.

<http://www.un-ngls.org/MDG/unaction.htm#d>

Millennium + 5 Gipfel

Hochrangige Plenarsitzung zu Beginn der 60. Generalversammlung der **↑ UN** im September 2005. Im Mittelpunkt der Ereignisse steht die Überprüfung der Umsetzungserfolge (stock-taking) zur Millenniumserklärung des Jahres 2000 (**↑ MDGs**), sowie die Themen Frieden und Sicherheit und die Reform der **↑ UN**. Hinzu kommt eine Bilanz der Folgeprozesse aus den zurückliegenden Weltkonferenzen: Rio 1992 (Umwelt und Entwicklung), Johannesburg 2002 (**↑ WSSD**), Kopenhagen 1995 (Soziale Entwicklung) und Peking 1995 (Frauenrechte).

MEP – Member of the European Parliament

(deutsch: MEP – Mitglied des Europäischen Parlaments)

Von den BürgerInnen direkt gewählte VertreterInnen des **↑ EP**. Von den insgesamt 732 Abgeordneten für die Wahlperiode 2004-2009 stammen 18 aus Österreich.

http://www.db.europarl.eu.int/ep6/owa/p_meps2.repartition?ilg=DE&iorig=home

MEDA

Hauptprogramm für die Kooperation zwischen der **↑ EU** und den Ländern des südlichen Mittelmeerraums sowie des Nahen und Mittleren Ostens (**↑ Barcelona-Prozess/Euro-Mediterrane-Partnerschaft**). Die Zuständigkeit liegt auf Politikebene bei **↑ DG Relex** und auf Durchführungsebene bei **↑ EuropeAid**.

http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/med/index_en.htm

Microfinance

(deutsch: Mikrofinanzierung)

Die Vergabe von Kleinstkrediten, der so genannte Mikrofinanzansatz, stellt ein Instrument zur Entwicklungsförderung dar, der arme Bevölkerungsgruppen mit Finanzdienstleistungen versorgt. Das Jahr 2005 wurde von den **↑ UN** zum „Internationalen Jahr der Kleinstkredite“ erklärt. Derzeit zwischen **↑ EK** und NROs stark debattiert, da die **↑ EK** die Unterstützungen für NRO-Projekte in diesem Bereich zugunsten der **↑ EIB** aufkündigen wollte. Eine Arbeitsgruppe von **↑ CONCORD (↑ FDR WG)** beschäftigt sich mit diesem Thema.

<http://www.bond.org.uk/pubs/eu/microfinmins.doc>

Monterrey Consensus

2002 in Mexiko auf der **↑ ICFD** angenommene internationale Vereinbarung. Themen: Aufstockung der **↑ ODA**, **↑ MDGs**, **↑ Untying of Aid**. Der Beitrag der **↑ EU** ist in den acht sog. **↑ Barcelona Commitments** zusammengefasst.
http://www.un.org/esa/ffd/Monterrey-Consensus-excepts-aconf198_11.pdf

NIP – National Indicative Programm

(deutsch: nationales Indikativprogramm)

Ist ein Managementtool der EU-Außenhilfe, das für einen Zeitraum von mehreren Jahren die geeigneten Maßnahmen und Aktionen zur Erreichung der strategischen Ziele in einem „Nehmerland“ identifiziert. Es umfasst Sektoren und Gebiete, die Hilfgelder der **↑ EU** erhalten sollen, sowie Ziele, Methoden, Zeitpläne, erwartete Resultate und Maßnahmen zur Integration von **↑ NSA**.

NSA – Non-State Actors

(deutsch: nicht-staatliche Akteure)

Die Integration sog. NSA über den Projektbereich der EU-Außenhilfe hinaus soll kontinuierlich verstärkt werden. Im **↑ Cotonou Abkommen** stellt ihre Partizipation bereits einen Kernpunkt der Partnerschaft dar. Eine **↑ CONCORD** Arbeitsgruppe (**↑ Cotonou WG**) beschäftigt sich ebenfalls mit diesem Thema.
<http://www.eu-plattform.at/deutsch/start.asp?b=96&sub=497>
<http://www.CONCORDeuropa.org/download.cfm?media=pdfUK&id=211>

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development

(deutsch: Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Zusammenarbeit)

1961 gegründete Organisation mit dem Ziel der Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Lebensstandards. Einer ihrer Ausschüsse, der **↑ DAC**, beschäftigt sich explizit mit Fragen der Entwicklungszusammenarbeit.

<http://www.oecd.org>

ODA – Official Development Assistance

(deutsch: öffentliche Entwicklungshilfe)

Umfasst Kapitaltransfers, die nach Definition der **↑ OECD (↑ DAC)** als Entwicklungshilfe klassifiziert werden. Erst kürzlich wurde ein mögliches Aufweichen dieser Definition, das etwa die Integration sicherheitsbezogener Ausgaben ermöglicht hätte, heftig debattiert. Auf Grund mangelnden Konsens' wurden die Verhandlungen jedoch bis 2007 vertagt.

<http://www.oecd.org/dataoecd/32/32/34535173.pdf>

Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer NROs

Vereinigung von derzeit etwa 40 österreichischen Organisationen, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Not- und Katastrophenhilfe sowie entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind. In fast allen EU-Mitgliedsländern gibt es solche Plattformen. Die nationalen Plattformen sind auf europäischer Ebene mit anderen entwicklungspolitischen Netz-

werken (z.B. ↑ **Cidse**, ↑ **Aprodev**, ↑ **Europstep**) und sog. Families (z.B. Terre des Hommes, Action Aid Alliance) vernetzt und werden von ↑ **CONCORD** in Brüssel koordiniert. Die Österreichische EU-Plattform und ↑ **CONCORD** repräsentieren ihre Mitgliedsorganisationen gegenüber der ↑ **EK**, dem ↑ **EP**, dem ↑ **Rat der EU**, der österreichischen Regierung und anderen europäischen und nationalen Interessensgruppen.

<http://www.eu-plattform.at>

Palermo Conference and Process

(deutsch: Palermokonferenz und –prozess)

Auf der im Oktober 2003 in Palermo abgehaltenen Konferenz diskutierten die ↑ **EK**, die EU-Mitgliedstaaten, das ↑ **EP** und die Mitglieder von ↑ **CONCORD** über die Zukunft der EU-Kofinanzierungslinie für europäische Entwicklungs-NROs (↑ **Kofinanzierung von NROs durch die ↑ EK**). Ziel war es, im Konsens praktische Entscheidungen hinsichtlich nötiger Reformen zu treffen und eine gemeinsame Agenda für 2004 zu erarbeiten.

<http://www.CONCORDeurope.org/download.cfm?media=pdfUK&id=457>

http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/ong_cd/fichiers/pal_definitive_version_en.pdf

Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU

(englisch: ACP-EU Joint Parliamentary Assembly)

Einzigartige Institution, die gewählte RepräsentantInnen der ↑ **EU** und der ↑ **AKP-Staaten** im Rahmen des ↑ **Cotonou Abkommens** vereint. Die gemeinsamen Plenarsitzungen finden zweimal jährlich, abwechselnd im Süden und Norden statt. Die Förderung von Menschenrechten und Demokratie sowie das Recht auf einen eigenständigen Entwicklungsweg stehen im Mittelpunkt ihrer Arbeit, die sich um die drei ständigen Ausschüsse – 1. Politische Angelegenheiten 2. Ökonomische Entwicklung, Finanzen und Handel 3. Soziales und Umwelt – gruppiert. Durch Forschungsmissionen wird direkter Kontakt mit und Kenntnisse von konkreten Situationen in den ↑ **AKP-Staaten** garantiert.

http://www.europarl.eu.int/intcoop/acp/10_01/default_en.htm

Parlamentsausschüsse des EP

Die Wahl der Ausschussmitglieder findet auf der ersten Tagung des neu gewählten ↑ **EPs** und erneut nach Ablauf von zweieinhalb Jahren statt. Die Ausschüsse tagen auf Einberufung ihres Vorsitzenden oder auf Veranlassung des Präsidenten des ↑ **EPs**. Die ↑ **EK** und der ↑ **Rat der EU** können auf Einladung eines Vorsitzenden im Namen des Ausschusses an Ausschusssitzungen teilnehmen.

Die insgesamt 20 ständigen Ausschüsse des ↑ **EP** sind unterteilt in 17 interne und 3 externe Politikbereiche. Zum Bereich externe Politiken gehören 1. AFET: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; DROI: Unterausschuss Menschenrechte; SEDE: Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung; 2. DEVE: Entwicklungsausschuss; 3. INTA: Ausschuss für internationalen Handel

http://www.europarl.eu.int/committees/home_de.htm

PEPI – Plattform „Entwicklungspolitische Inlandsarbeit“

Diese gemeinsame Arbeitsgruppe von ↑ **Österreichischer EU-Plattform** und ↑ **AGEZ** beschäftigt sich mit der Verbesserung der Kooperation und Koordination der NROs im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich und übernimmt auch Lobbyarbeit gegenüber der österreichischen Regierung und der ↑ **EU**.

<http://www.eu-plattform.at/deutsch/start.asp?b=92&sub=1180>

PHARE – Hilfsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für die mittel- und osteuropäischen Länder.

War bis zur EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 das wichtigste Finanzinstrument der Heranführungsstrategie für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer.

<http://europa.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/>

Policy WG

Arbeitsgruppe von ↑ **CONCORD**. Aufgabenbereiche: strategische Beratung, Erarbeitung von Lobby-Papieren, Organisation von Aktivitäten und zivilgesellschaftlichem Dialog zur Steigerung der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der ↑ **EU**.

<http://www.concordeurope.org>

PPP – Public Private Partnerships

(deutsch: Öffentlich-private Partnerschaften)

Neuer Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit, der von der ↑ **EK** als Möglichkeit für die Reform/Privatisierung von Staatsbetrieben in Entwicklungsländern und zur Steigerung von Einnahmen, Handel und Beschäftigung propagiert wird.

Presidency of the EU

↑ **EU-Präsidentschaft**

Presidency WG

Arbeitsgruppe von ↑ **CONCORD**. Aufgabe: Identifikation von Themen, die im Rahmen der ↑ **EU-Präsidentschaft** von gemeinsamem Interesse für entwicklungspolitische NRO sind. Darauf aufbauend werden Aktionspläne erarbeitet, deren Umsetzung während der ↑ **EU-Präsidentschaften** durch die Mitglieder von ↑ **CONCORD** erfolgt.

<http://www.concordeurope.org>

PRSP – Poverty Reduction Strategy Paper

(deutsch: Strategiepapier zur Armutsminderung)

Im Rahmen des Ansatzes zur Armutsbekämpfung von IWF und Weltbank (↑ **Bretton-Woods-Institutionen**) formulieren die Entwicklungsländer in Eigenverantwortung und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft Strategien zur Armutsbekämpfung.

Rat der EU (auch Ministerrat)

Ist das eigentliche Entscheidungsorgan der ↑ **EU**. Im Rat sind je nach Tages-

ordnungspunkten – Auswärtiges, Landwirtschaft, Industrie, Verkehr usw. – die zuständigen FachministerInnen der 25 Mitgliedstaaten vereinigt. In seinen Arbeiten unterstützt wird er durch sog. **↑ Ratsarbeitsgruppen** und **↑ Corepers**. Der **↑ GAERC** (Rat für allgemeine Anliegen und Außenbeziehungen) behandelt auch regelmäßig entwicklungspolitische Anliegen. Der Rat der EU ist nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat (**↑ ER**).

<http://ue.eu.int/showPage.ASP?lang=de>

Ratsarbeitsgruppen

Bestehen aus VertreterInnen der Mitgliedstaaten, sind den **↑ Corepers** und somit dem **↑ Rat der EU** unterstellt. Versuchen bereits auf dieser Ebene, basierend auf zwischenstaatlichem Interessensausgleich, Kompromisse zu erarbeiten.

http://ue.eu.int/cms3_fo/showPage.ASP?lang=en

Reform of EU's External Assistance

(deutsch: Reform der EU-Außenhilfe)

Seit 2000 laufende Reform, um die Effizienz und Qualität in der Implementierung von Programmen der EU-Außenhilfe zu erhöhen. Dazu zählen Harmonisierung der Programmierung von Landes- und Regionalstrategien, Vereinfachung von Abläufen der finanziellen und technischen Kooperation, interne institutionelle Neuorganisation, **↑ Dekonzentration**, Gründung von **↑ Europeaid** und **↑ iQSG**.

http://europa.eu.int/comm/external_relations/reform/intro/index.htm

Relex Gruppe

Relex bezieht sich auf den Bereich der Außenbeziehungen der **↑ EK**. Die sog. Relex Family umfasst die Generaldirektionen **↑ DG Relex**, **↑ DG Trade**, **↑ DG Enlargement** und **↑ DG Dev**, sowie **↑ EuropeAid** und **↑ ECHO**, die mit diesem Bereich verknüpft sind.

Singapur Issues

(deutsch: Singapur-Themen)

Nach Gründung der **↑ WTO** 1995 tagte die 1. Ministerkonferenz 1996 in Singapur und legte die sog. Singapur-Themen fest, die vorrangig behandelt werden sollten: Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterung. Uneinigkeiten in diesen Bereichen trugen maßgeblich zum Scheitern der Ministerkonferenz in Cancún bei. (**↑ G 70**)

Sugar Protocol

(deutsch: Zuckerprotokoll)

Präferenzabkommen zwischen der **↑ EU** und den **↑ AKP-Staaten**, das 2006 ausläuft. Es bietet Abnahmegarantien für Zucker und bindet dessen Preis an die weit über dem Weltmarktpreis liegenden EU-Preise.

<http://www.acpsugar.org/protocols.htm>

TACIS

Programm der **↑ EU** zur Unterstützung für die Wirtschaftsreform und -belegung in den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) und der Mongolei. Die Zu-

ständigkeit liegt auf Programmebene bei ↑ **DG Relex** und auf Durchführungsebene bei ↑ **EuropeAid**.

http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/tacis/index.htm

Trade WG

(deutsch: Arbeitsgruppe zu Handelsfragen)

Arbeitsgruppe von ↑ **CONCORD**, die sich mit Handelspolitik und deren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer beschäftigt. Ziel ist die Förderung einer mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen (Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Erreichung der ↑ **MDGs**) kohärenten Handelspolitik der ↑ **EU** (weiterführend: ↑ **DG Trade**, ↑ **EPA**).

<http://www.concordeurope.org>

TRIALOG

Projekt zur Bewusstseinsbildung von Entwicklungspolitik im Umfeld der Erweiterung der ↑ **EU** sowie zur Integration der Entwicklungs-NRO der Neuen Mitgliedstaaten in die EU-NRO-Community (z.B. ↑ **CONCORD**) und zur Stärkung des „Triálogos“ mit Ländern des Südens.

<http://www.trialog.or.at/>

UN – United Nations

(deutsch: Vereinte Nationen)

Seit 1947 und heute aus 147 Mitgliedern bestehende internationale Organisation mit dem Ziel der globalen Kooperation zur Lösung von humanitären Problemen. Im Gegensatz zu den ↑ **Bretton-Woods-Institutionen** gilt hier gleiches Stimmrecht für alle Länder. Förderung von Menschenrechten, Umweltschutz, Bekämpfung von Krankheiten, Armutsbekämpfung, Durchsetzung von Standards, KonsumentInnenenschutz, Flüchtlingshilfe und vieles mehr fallen in ihr breites Aufgabenspektrum. Im September 2000 legten die Mitglieder der UN in der sog. Millennium Declaration ihre Agenda für das neue Jahrtausend inklusive messbarer Ziele für deren Überprüfung fest. (weiterführend: ↑ **MDGs**, ↑ **Millennium + 5 Gipfel**, ↑ **MDG + 5 stock-taking**)

<http://www.un.org>

Untying of Aid

(deutsch: Aufhebung von Lieferbindungen)

Bezeichnet einen international anerkannten Prozess, in dem die bisher gängige Praxis der Geber, Entwicklungsländer durch beschränkte Ausschreibungsverfahren dazu zu verpflichten, mit den erhaltenen Hilfsgeldern Güter und Dienstleistungen aus dem Geberland zu erwerben (=Lieferbindung), kontinuierlich reduziert werden soll. Dadurch erhofft man sich höhere Effektivität und Glaubwürdigkeit. Die ↑ **EK** befürwortet ein vollständiges „Untying“ aller betroffenen Bereiche. Damit verbunden ist der Trend des ↑ **Budget Support**.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/lvb/r12108.htm>

ÜLG – Überseeische Länder und Gebiete

(englisch: OCTs – overseas countries and territories)

Bezeichnung für eine Gruppe von 20 Ländern, die in einer Sonderbeziehung zu den Mitgliedstaaten der **↑ EU** stehen und seit der Gründung der **↑ EG** mit dieser assoziiert sind. Profitieren durch das Assoziierungssystem wie die **↑ AKP-Staaten** vom **↑ EDF** und der **↑ EIB** und auch die Zielsetzungen decken sich:

1. Abschaffung der Armut 2. Förderung nachhaltiger Entwicklung 3. Einbindung der ÜLG in die regionale und globale Wirtschaft. Außerdem nehmen sie in bestimmten Bereichen, etwa im Bildungsbereich, an Gemeinschaftsprogrammen teil.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/ivb/r12300.htm>

VENRO

Ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 100 deutschen NROs, deren Mitglieder private und kirchliche Träger der Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sind. Ist als „Deutsche Nationale Plattform“ Mitglied von **↑ CONCORD**.

<http://www.venro.org/>

Verfassung der EU

↑ EU-Verfassung

WTO – Welthandelsorganisation

Wurde 1995 als Nachfolge des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) mit Sitz in Genf gegründet mit der Aufgabe, Regeln für den internationalen Handel zu formulieren. Die WTO-Verträge beziehen sich dabei nicht mehr nur auf den Güterhandel, sondern umfassen zusätzlich auch den Dienstleistungshandel (GATS) und den Schutz geistigen Eigentums (TRIPS). Die WTO-Regeln werden nicht über Mehrheiten, sondern im Konsens von allen derzeit 148 Mitgliedsländern getroffen. Die Ministerkonferenz ist das höchste Entscheidungsgremium der WTO und tagt alle zwei Jahre (2003: Cancún, 2005 Hong Kong)

<http://www.wto.org>

WSSD – World Summit on Sustainable Development

(deutsch: **↑ UN – Nachhaltigkeitsgipfel**)

2002 in Johannesburg abgehaltener Gipfel der **↑ UN** zum Thema Nachhaltige Entwicklung. Ziel: Verständnis für die Auswirkungen der Globalisierung und nötiger Handlungsschritte zu schaffen. Im Mittelpunkt stand der Zugang armer Länder zu Technologie, Märkten und Systemen guter Regierungsführung sowie die Verpflichtung der reichen Länder, ihre Konsum- und Produktionsmuster zu verändern, um nachhaltige Entwicklung erreichen zu können. Die Integration von Zivilgesellschaft und Privatsektor wurde bekräftigt.

<http://www.ied.org/wssd/>

www.eu-plattform.at



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Österreichischen EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen wider und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar.